

Dr. Wolfgang Schüssel
Bundeskanzler

XXII. GP.-NR

4376/AB

2006 -08- 14

zu 4378 N

An den
Präsidenten des Nationalrats
Univ. Prof. Dr. Andreas KHOL
Parlament
1017 Wien

Wien, am 14. August 2006

GZ: BKA-353.110/0147-IV/8/2006

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Maier, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Juni 2006 unter der **Nr. 4378/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend wirtschaftliche Situation von Sportvereinen bzw. Kapitalgesellschaften (insbes. im Fußball) - sportpolitische Maßnahmen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 10:

Zur Sicherstellung der Finanzlage eines von der Förderung von Besonderen Bundes-Sportförderungsmittel betroffenen Förderungsempfängers wurde mit der Österreichischen Bundes-Sportorganisation (BSO) ein Vertrag, basierend auf dem mit 1. Jänner 2006 in Kraft getretenen Bundes-Sportförderungsgesetz 2005, abgeschlossen. Demnach ist vor der Vergabe von Bundes-Sportförderungsmittel eine jährliche Finanzplanung zu übermitteln. Zu den einzelnen Förderungsanträgen ist eine zahlenmäßige Gesamtdarstellung hinsichtlich Einnahmen und Ausgaben, sowie die Eigenmittel, Sponsoreinnahmen und sonstige allfällige Förderungen dem Förderungsgeber zu übermitteln.

Durch dieses „neue“ Bundes-Sportförderungsgesetz 2005 stehen dem Sport in Verbindung mit § 20 Glückspielgesetz 3% der Umsatzerlöse der Österreichischen Lotterien ohne Obergrenze zur Verfügung.

Um die wirtschaftliche Situation der Sportverbände insgesamt und daher indirekt der Sportvereine zu verbessern, wurde damit sichergestellt, daß damit mehr Bundes-Sportfördermittel zur Verfügung stehen.

Die wirtschaftliche Situation der österreichischen Sportvereine und deren Liquidität ist Sache der Bundesliga.

Zu Frage 2:

Aufgrund der zahlreichen und nicht gleich gelagerten Fälle, die national als auch international in letzter Zeit zum Vorschein gekommen sind und polizeilich als auch strafrechtlich aufgearbeitet werden und worden sind, wurden bei einer Besprechung mit dem ÖFB im Mai 2006 seitens des BMI nachstehende Vorschläge zur Vermeidung von Spielmanipulationen vorgestellt, deren konkrete Umsetzung derzeit zwischen ÖFB und BMI diskutiert wird:

- Beratungsmaßnahmen für Vereine und Spieler durch den Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst (KBD);
- Hilfestellung durch das BMI bei Herausgabe einer Broschüre "Sport und Betrug" durch den ÖFB;
- so genannten Ombudsmann im BMI als Schnittstelle für eventuelle Hinweisgeber;
- Verbot von anonymen Wetten (Problem Internet);
- Auszahlung von Gewinnen nur gegen Identifizierung und bei höheren Gewinnen Verbot von Barauszahlungen;
- Verpflichtende Installierung von Risk-Management Systemen, die außergewöhnliche Wetteinsätze sofort anzeigen;
- Verpflichtende Meldung an den ÖFB von Spielen, die durch ein Risk-Management System angezeigt werden;
- Verhaltenskodizes für Buchmacher;
- Transparenz bei den Spielergehältern;
- Konsequenter Lizenzentzug bei Insolvenzgefahr;
- standardisierte Spielerverträge mit Klauseln, daß die betroffenen Spieler bei illegalen Wetteinsätzen unmittelbar ihren Vertrag verlieren

Zu Frage 3:

Sportwetten als Geschicklichkeitsspiele fallen nicht unter das Glücksspielmonopol des Bundes. Entsprechende Regelungen sind in Gesetzgebung und Vollziehung Landessache.

Vom durch den englischen Sportminister Richard Cabom mit Englands Football Association FA und weiteren Sportverbänden unterzeichneten „Zehn-Punkte-Plan gegen Wettbetrügereien“ sind im Bereich des Bundesministeriums für Inneres außer jenen Punkten, die in der Anfrage selbst angeführt sind, keine bekannt.

Diesbezüglich habe ich bereits die Entscheidungsfindung eingeleitet.

Zu den Fragen 4 bis 7, 27 und 28:

Die Bekämpfung des Abgabenbetrugs in allen seinen Spielarten ist der Bundesregierung ein großes Anliegen. In diesem Sinne wurde vom Bundesministerium für Finanzen eine Reihe von Betrugsbekämpfungspaketen geschnürt; zuletzt im Rahmen der Umsetzung des Betrugsbekämpfungsgesetzes 2006.

Vor dem Hintergrund der Manipulations- und Korruptionsskandale, die den europäischen Fußball in den letzten Monaten erschüttert haben, wurde der ehemalige Sportminister Portugals, José-Luis Arnaut, noch unter der britischen EU-Präsidentschaft zum Chair des Independent European Sport Review 2006 bestellt.

Der Independent European Sport Review 2006 beschäftigt sich mit den in der gegenständlichen Anfrage angesprochenen Themen und Problematiken und bietet Lösungsvorschläge für besseres Governance im Fußball und gibt insbesondere Lösungsansätze für eine Vielzahl an Problemen im Profisport wie die Bekämpfung der Geldwäsche, der Vermarktung minderjähriger Sportlerinnen und Sportlern, der Korruption, des Rassismus im Sport und des illegalen Wettspiels. Es wurde eine unabhängige Analyse erstellt, wie europäische Fußballorgane, die EU-Institutionen und die EU-Mitgliedstaaten die Erklärung von Nizza auf europäischer und nationaler Ebene bestmöglich umsetzen können.

Weiters wird der rechtliche Rahmen erläutert, der benötigt wird, um den besonderen Merkmalen des Sports in der Praxis Rechnung zu tragen, insbesondere im Bereich der Wettbewerbspolitik und der Freizügigkeit der Arbeitnehmer.

Österreich hat während seiner EU-Ratspräsidentschaft diese wünschenswerte Initiative unterstützt und war beim Treffen der europäischen Sportpolitiker durch Staatssekretär Mag. Karl Schweitzer vertreten. Die aktuellen Entwicklungen des Reports wurden bei der Sportdirektorenkonferenz in Wien am 29. und 30. März 2006 von der Europäischen Kommission präsentiert. Am 13. Juni 2006 wurde gegenständlicher Report durch Staatssekretär Mag. Karl Schweitzer und José-Luis Arnaut in Wien im Rahmen einer Pressekonferenz präsentiert.

Die Österreichische EU-Ratspräsidentschaft hat in einem Schreiben alle EU-Sportminister (insbesondere nachfolgende EU-Ratspräsidentschaften) ersucht, diese Initiative nachhaltig zu unterstützen und für eine innerstaatliche Umsetzung der Zielsetzungen des Reports nach Möglichkeit Sorge zu tragen.

Diesbezügliche nähere Ausführungen sind dem beiliegenden Exekutive Summary zu entnehmen.

Zu Frage 8:

Nein.

Zu Frage 9:

Die neuen Eigenmittelvorschriften für Banken (EU-Richtlinien 48 und 49/2006, Umsetzungsstand: Ausschlußbericht 1585, Regierungsvorlage 1558 dB) wirken sich für Sportorganisationen je nach Größe, Kapitalbedarf und Bonität unterschiedlich aus.

Zu den Fragen 11 bis 20:

Diese Fragen betrifft keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundeskanzleramtes.

Zu den Fragen 21 bis 23:

Soweit sich die Frage 21 und die Frage 23 der Anfrage einerseits auf die Haltung zum Verkauf von TV-Rechten für Großveranstaltungen beziehen und andererseits eine Beurteilung der in den "einzelnen Mitgliedsländern der EU unterschiedlichen Verwertung" der Fernsehrechte im Sport einfordern, ist darauf hinzuweisen, daß allenfalls bestehende Gepflogenheiten und Bedingungen beim Abschluß privatrechtlicher Vereinbarungen im Bereich der Fernseh-Übertragungsrechte und insbesondere die diesbezüglich allenfalls bestehenden Unterschiede in den Mitgliedstaaten der EU ebenso wie die Höhe der unterschiedlichen Einnahmen von Verbänden und Vereinen keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundeskanzleramtes darstellen.

Ungeachtet dessen weise ich darauf hin, daß sich in Österreich die Rechtslage zur freien Empfangbarkeit von "Sportgroßveranstaltungen" wie folgt darstellt:

Im Jahr 1997 ist die EG-Richtlinie 97/36/EG in Kraft getreten, welche die Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ (89/552/EWG) geändert hat. Eine der wesentlichsten Änderungen der Richtlinie betraf die Ergänzung um den Artikel 3a, der auf eine Initiative des Europäischen Parlaments zurückgeht. Unter Bezugnahme auf Frage 22 der parlamentarischen Anfrage ist zu betonen, daß Österreich die Einführung dieser Regelung stets unterstützt hat und auch als einer der ersten Mitgliedstaaten die Regelung umgesetzt hat. Im Wesentlichen bezweckt die Regelung, daß Ereignisse, welchen ein Mitgliedstaat „besondere gesellschaftliche Bedeutung“ beimißt, für die Zuseher dieses Mitgliedstaates im Fernsehen frei verfolgbar – somit unverschlüsselt und allgemein zugänglich – gemacht werden sollen. Es soll damit verhindert werden, daß etwa ein Pay-TV-Veranstalter exklusive Übertragungsrechte an einem derartigen Ereignis (z.B. eine bedeutende Sportveranstaltung, aber auch kulturelle Ereignisse, wie etwa das Neujahrskonzert) erwirbt und von seinem Recht in der Weise Gebrauch macht, daß die breite Öffentlichkeit von der Verfolgung am Bildschirm ausgeschlossen wird, wenn sie nicht zusätzliche Mittel (abgesehen von der Gebühr für einen Kabelnetz-Anschluß und der Rundfunkgebühr) entrichtet, um durch die Bezahlung von „Abonnement-Gebühren“ eines Pay-TV-Veranstalters das Ereignis verfolgen zu können. Im Vordergrund der Regelung steht also das Anliegen, „das Recht auf Informationen zu schützen und der Öffentlichkeit breiten Zugang zur Fernsehberichterstattung über nationale oder nichtnationale Ereignisse zu verschaffen“ (vgl. den 18. Erwägungsgrund der Fernsehrichtlinie n. F.). Da die Regelung sensible grundrechtliche und gemeinschaftsrechtliche Fragen berührt, stand und steht ihre Umsetzung

unter einer strengen Kontrolle durch die Europäische Kommission. Im Hinblick auf die gegenwärtige Überarbeitung der Richtlinie (im Sinne einer "Audiovisuellen Mediendienste-Richtlinie") ist nicht beabsichtigt, am eben dargestellten Regelungsregime Änderungen vorzunehmen, sodaß auch künftig für die Übertragung von Ereignissen von erheblicher Bedeutung - wie z.B. der Fußball-WM - im freien empfangbaren Fernsehen eine gemeinschaftsrechtliche Basis gegeben ist.

In Österreich wurde diese Regelung bereits im Jahr 2001 mit dem so genannten Fernsehexklusivrechtgesetz (vgl. BGBl. I Nr. 85/2001 und die diesbezüglichen Erläuterungen zur RV 285 BlgNR, XXI.GP) und der auf § 2 i.Vm. § 4 des FERG basierenden Verordnung umgesetzt. Die Verordnung wurde mit BGBl. II Nr. 305/2001 (In-Kraft-Treten mit 1. Oktober 2001) erlassen. Die Verordnung wurde gemeinsam mit den, die Umsetzung des Art. 3a Abs. 1 der Fernsehrichtlinie betreffenden Teilen des FERG der Europäischen Kommission nostrifiziert und nach positiver Stellungnahme des Kontaktausschusses am 26. April 2001 im Amtsblatt (ABI C 16 vom 19.1.2002) veröffentlicht. Damit haben die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Verpflichtung, entsprechend Art. 3a Abs. 3 der Fernsehrichtlinie die jeweils ihrer Rechtshoheit unterworfenen Fernsehveranstalter, die ein exklusives Ausstrahlungsrecht an den im Amtsblatt gelisteten Ereignisse erworben haben, zu verhalten, die Verfolgbarkeit im „Free-TV“ für das österreichische Publikum zu gewährleisten.

Durch § 4 des FERG wird in Verbindung mit der Verordnung klargestellt, welche Ereignisse Österreich als von erheblicher Bedeutung ansieht und für die Österreich von den seiner Rechtshoheit unterworfenen Fernsehveranstaltern – falls diese Exklusivrechte erwerben – verlangt, daß sie diese nicht so ausüben, daß einem bedeutenden Teil der Öffentlichkeit die Möglichkeit vorenthalten wird, diese Ereignisse in einem frei zugänglichen Fernsehprogramm zu verfolgen.

Derzeit sind gemäß § 1 der zitierten Verordnung folgende Veranstaltungen als Ereignisse von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung anzusehen:

1. Olympische Sommer- oder Winterspiele
2. Fußballspiele der FIFA-Weltmeisterschaft (Herren), sofern an diesen Spielen die österreichische Nationalmannschaft teilnimmt sowie das Eröffnungsspiel, die Halbfinalspiele und das Endspiel
3. Fußballspiele der Europameisterschaft (Herren), sofern an diesen Spielen die österreichische Nationalmannschaft teilnimmt sowie das Eröffnungsspiel, die Halbfinalspiele und das Endspiel
4. Finalspiel des österreichischen Fußballpokals (Fußballcups)
5. Alpine FIS Skiweltmeisterschaften
6. Nordische FIS Skiweltmeisterschaften
7. Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker
8. Wiener Opernball

Zu den Fragen 24 und 25:

Es wurde zwar ein Entwurf für ein Berufssportgesetz erarbeitet, welcher auch in und mit den verschiedenen Gremien durchdiskutiert wurde. Auf Grund der verschiedenen Bedingungen in den zahlreichen Sportarten liegt noch keine einheitliche Willensbildung seitens der Betroffenen vor.

Zu Frage 26:

Im bisher erarbeiteten Entwurf für ein Berufssportgesetz ist eine detaillierte Regelung für Berufssportlerinnen und Berufssportler im Sinne von § 2 AVRAG insbesondere über Ausbildungskosten, Ausbildungsentschädigungen und etwaige Rückzahlungsverpflichtungen vorgesehen. Im Übrigen betrifft diese Frage keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundeskanzleramtes.

Zu den Fragen 29 und 30:

Die UNO-Generalversammlung hat mit Resolution vom 3. November 2003, Res.58/5, beschlossen, das Jahr 2005 zum "Internationalen Jahr des Sports und der Sporterziehung" zu erklären. Vorausgegangen ist ein Kommuniqué von Paris vom 9. und 10. Jänner 2003, in dem die Sportminister beschlossen haben, die Rolle des Sportes und der Sporterziehung zu fördern und weiter zu entwickeln. In der Weltkonferenz über Doping im Sport vom 3. März bis 5. März 2003 wurde beschlossen, die Koordinierung auf internationaler Ebene zu verstärken, um Doping wirksamer zu bekämpfen. Alle diese internationalen Beschlüsse wirken in das Internationale Jahr des Sports ein.

Die erste internationale Konferenz über Sport und Entwicklung fand zwischen 16. und 18. Februar 2003 in Magglingen (bei Biel) statt und brachte 380 Repräsentanten der internationalen politischen Szene, von Organisationen der UNO, nationalen und internationalen Sportorganisationen, den Medien sowie zahlreiche ehemalige und aktive Athleten zusammen. Die Konferenz wurde durch das Büro des Sonderberaters der Vereinten Nationen für Sport und Entwicklung und Frieden, dem ehemaligen Bundespräsidenten und Bundesrat Adolf Ogi und anderen organisiert und strebte an, das Bewusstsein für das ungenutzte Potential des Sports für Entwicklung und Friedensförderung zu fördern und neue Partnerschaften aufzubauen.

Die Ideen und Vorschläge der Magglingen-Deklaration fordern den verstärkten Einsatz des Sports in der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Konferenz inspirierte die Inter-Agency Task Force für Sport für Entwicklung und Frieden der Vereinten Nationen. Die Task Force erstellte einen Bericht, der die möglichen Beiträge des Sports zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele analysiert. Der Abschlußbericht wurde am 17. September 2003 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan eingereicht und bildete eine Grundlage für die oben erwähnte Resolution.

Das Internationale Jahr des Sports und der Sporterziehung hat die Bedeutung des Sports für Erziehung, Gesundheit, Entwicklung und Frieden sowie dessen Werte deutlich hervorgehoben. Österreich begrüßt und unterstützt die Anstrengungen der internationalen Entwicklungspolitik zur Erreichung der Millenniumsziele. Der Sport kann hier eine wichtige Aufgabe übernehmen und muß sowohl in der allgemeinen Politik als auch spezifisch in der Entwicklungspolitik der engagierten Länder verankert werden.

Das Bundeskanzleramt unterstützte anlässlich des Internationalen Jahres des Sports und der Sporterziehung der UNO 2005 Projekte, um Sport als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit anzuwenden wie Kicking for Reconciliation - ein Fußballprojekt für traumatisierte Mädchen in Ruanda - sowie Frauen schwimmen in die Eigen-

ständigkeit – Schwimmunterricht für Frauen und Mädchen in den Tsunami Gebieten Südindiens.

Das Europäische Parlament hat mit einer Resolution die Bedeutung des Sports in sozialer und erzieherischer Hinsicht sowie in Hinblick auf eine konstruktive Entwicklungsarbeit hervorgehoben. Das Thema Sport und Entwicklungspolitik wurde im Zuge der EU- Ratspräsidentschaft in Wien vor allem unter einem europapolitischen Gesichtspunkt diskutiert.

Österreich ist seit Jänner 2006 (neben der Schweiz, Norwegen und Kanada) als erster EU-Mitgliedstaat Funding Country der Sport for Development and Peace International Working Group der Vereinten Nationen.

Ziel der Österreichischen Präsidentschaft war, eine breite Unterstützung für die positiven Ziele von „Sport und Entwicklung“ zu finden und – vor allem in den neuen EU-Mitgliedstaaten Interesse für diesen Bereich zu wecken.

Aufgrund des österreichischen Engagements sind die Vereinten Nationen an Österreich mit dem Vorschlag herangetreten, einen Europäischen Jugendgipfel mit Teilnehmern aus 27 Ländern mit Schwerpunkt Sport & Entwicklung im Rahmen der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft durchzuführen. Dieser Youth Summit der Vereinten Nationen in Kooperation mit dem Bundeskanzleramt fand vom 18. Juni bis 21. Juni 2006 im Haus des Sports in Wien statt.

„Sport für Entwicklung und Frieden“ als ein kostengünstiges Instrument mit hoher Schlagkraft für Entwicklung war eines der Hauptthemen des Europäischen Jugendgipfels. Europäische Jugendvertreter diskutierten, inwieweit die Kraft des Sports zur Erreichung von globalen Entwicklungszielen und zur Friedenspolitik genutzt werden kann.

Österreich wird in der Folge beim Global Youth Summit mit GS Kofi Annan Ende Oktober in New York dementsprechend vertreten sein.

Anlage

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Wolfgang', is positioned below the 'Anlage' label.

INDEPENDENT EUROPEAN SPORT REVIEW

By José Luis Arnaut

EXECUTIVE SUMMARY

1. Introduction

The European Constitution would have been the first EC Treaty with an article dedicated to sport. Whilst we have to accept that the Treaty will not enter into effect (at least for some time) it does not follow that there is nothing the political leaders of Europe can do to tackle the issues sport continues to face. To the contrary, recent events demonstrate an even more urgent need for clear political leadership to stabilise and enhance the "model" of sport in Europe.

We cannot ignore the rapid and seemingly irreversible trend towards commercialisation of sport and the fact that this has occurred against the background of the European Union developing into a wider political, economic and, in particular, legal structure that now extends to 25 Member States.

It is no secret that sport, and especially football, face significant challenges in this new environment. These challenges are not going away. There is increasing concern, both on the part of the sports authorities and on the part of the public, as to how these challenges should be faced.

Against this background, the Sports Ministers of France, Germany, Italy, Spain and the UK recognised the need for political action and the UK Presidency of the Union took the initiative to set up an "Independent European Sport Review", with a focus on European football, to investigate and suggest certain practical solutions.

A great deal of detailed research and analysis was undertaken by technical experts. Specialist groups were appointed to examine legal, economic and political matters and a wide-ranging consultation was held with all interested parties. The overall objective of the Review, as expressed in its terms of

reference, was to *implement* the Nice Declaration on sport.

That Declaration, adopted by the European Council in 2000, set out a number of specific characteristics of sport that are considered to be of value and importance to European society as a whole. Nevertheless, the Declaration is not legally binding and only offers a broad indication of how certain issues should be addressed. In other words, it does not offer the level of detail or provide the degree of legal security that sport needs to have, particularly in these increasingly turbulent times.

The objective of our Review was to consider certain concrete issues facing football and to adopt a series of Recommendations setting out how the EU institutions, the EU Member States and the European football authorities could all play their own part in resolving these issues and thus implement the Nice Declaration at both European and national level. Interpreting and applying existing jurisprudence together with the policy principles set out in the Nice, our aim was to provide a comprehensive and robust legal framework for European sport in general and football in particular.

In the Review we have tried to articulate the real meaning of sporting "specificity", to describe and understand the nature of the European sports "pyramid" and also to consider how improvements could be made to this structure to ensure that it is best equipped to serve the needs of European football in the years to come.

This led us directly to consider all relevant issues of corporate governance in football, including matters such as the ownership, control and management of clubs; regulatory issues such as club licensing, the player transfer system, the regulation of players' agents and salary cost controls; corporate governance issues for the football authorities themselves (at both national and European level); criminal activities around football, including money laundering and trafficking of young players; the incidence of racism and xenophobia in football; gambling activities and, in particular, the implications for match-fixing, corruption and illegal betting; and safety and security in football stadiums.

The detailed work undertaken has – unfortunately – demonstrated that sport in general and football in particular are not in good health. In this sense, our work has confirmed many of the concerns held by both the public and the sports governing bodies themselves.

The good news, however, is that it is possible to do something about this! Consequently, in the Review not only have we analysed the problem areas but we have also investigated the means to address them and, in particular, the legal instruments that are available to do so. The choice of instrument may depend on the precise issue to be addressed and in the table annexed we set out a detailed list of instruments that can be employed to recognise the “specificity” of sport.

Concretely, we have proposed a number of recommendations that should be addressed to (1) the EU institutions, in particular, the European Commission and the Member States; (2) the European football authorities; and (3) to the EU institutions and European football authorities jointly.

2. Recommendations

(a) To the EU institutions

The Review recognises the urgent need for the EU institutions to adopt a more pro-active and comprehensive approach to provide greater legal certainty for sport and to provide clearer guidance as to those practices that are acceptable and/or which fall within the legitimate scope of autonomy of the sports governing bodies.

It is necessary to clarify the type of “sports rules” that are automatically compatible with Community law (either because they fall outside the scope of EU law entirely or because they are inherent to the proper functioning of sporting competition) and to identify other “sports related rules” where Community law applies, albeit subject to the need to take the specificity of sport into account.

The Review concludes that "sports rules" cover rules relating to the regularity, proper functioning and integrity of competition, such as: the "rules of the game", the structure of championships and calendars; the composition of national teams; the national organisation of sport in Europe, e.g. "home and away rule"; the organisation of competition within the European sports "pyramid" structure; rules relating to transfer "deadlines"; rules concerning the release of players for national teams; rules concerning the transfer of players; rules to encourage the attendance of spectators at sporting events; rules on the good governance of clubs, such as the club licensing system; rules relating to the ownership/control/influence of clubs; rules concerning players agents; and rules concerning doping.

At the same time, "sports related rules" cover matters such as rules relating to competitive balance, including: the "home grown" players rule, the central marketing of commercial rights, and salary caps.

Legal security should be provided using the most appropriate legal instruments, including directives, block exemption regulations, guidelines or other national or European legislative instruments. We recommend that the EU institutions employ the relevant instrument to provide legal certainty and coverage in relation to the following matters:

- An effective club licensing system, based on the minimum standards introduced in 2004 by all European football associations;
- Central marketing of commercial rights in accordance with the principles established by the European Commission;
- A European system of player transfer regulations in accordance with the principles agreed with European Commission on 5 March 2001;
- A European players' agents directive including clauses providing for: strict examination criteria, greater transparency, minimum standards for agents contracts, effective monitoring and disciplinary sanctions by European sports governing bodies, the introduction of an "agents licensing system", prohibition on "dual representation" and other conflicts of interests, and a system based on payment of agents by players;

- An effective system for encouraging local education of players, based on the obligation for all clubs to have a certain number of home grown players in their squads and a squad size limit;
- An effective system for maintaining competitive balance through cost control (in particular, as regards the possible introduction of a salary cap administered by European and national sports governing bodies);
- Legal protection for the player release rule, obliging clubs to release players for the national team without entitlement to compensation;
- Endorsement of the "pyramid" structure of European football and official recognition of national sports governing bodies by Member States and of European sports governing bodies by the European Union institutions;
- Appropriate national or Community legislation to secure the protection of intellectual property rights for sports and football fixture lists;
- Appropriate corrective mechanisms to secure the financing of sport in general and football in particular in the event of a liberalized betting market, e.g. through the payment of a "tax";
- Appropriate national or Community legislation to combat the threat and incidence of "ambush marketing" and legal protection of intellectual property rights to major sporting events;
- Review of existing EU proposals regarding "news access" to guard against any unfair prejudice to the interests of sports events organisers;
- Enactment of appropriate legal framework to combat the practice of "ticket touting" in Europe;
- Harmonization of the legal approach to issues of hooliganism and to institutionalise cooperation between police authorities in this respect;
- Enactment of appropriate (national) legislation recognising the role and function of national football associations, in particular, regarding their capacity to represent the interests of football and their ownership of commercial rights in the competitions that they organise;

In addition to these specific matters, we also recommend that the EU institutions take this Review into account for the purposes of elaborating a "White Paper" on European Sport and, in addition, that a "European Sports Agency" be established as a monitoring centre with comprehensive data to assist in the management of all EU initiatives related to sport.

(b) To the European football authorities

For the purposes of the Review, the term "European football authorities" refers to both UEFA (at the European level) and national football associations (at the national level). In this connection, we fully support the devolution of tasks to the most appropriate level in the football regulatory structure, in accordance with the concept of subsidiarity, a principle that the authors of the Review wholeheartedly endorse, in particular insofar as it applies to sport.

The result of our analysis shows that there are numerous issues that need to be tackled by the football authorities directly. Among other things, we have identified improvements that could be made in the internal system of football governance, the need to address issues of competitive imbalance and also the need to take further steps to encourage player training.

All governing bodies in sport, including those in football, need to continually re-examine their structures and institutions to ensure that they are sufficiently democratic and representative and also reflect the realities of their particular sports. In addition, the football authorities in particular must re-consider the most efficient organisational structure for the administration of football regulatory matters in Europe. The current division of labour (for example, in relation to the player transfer system) is not ideal.

Our analysis leads to the conclusion that the club licensing system can be considered as a good start on the road to better governance and financial management of football in Europe. Nevertheless, improvements can and should be made.

Furthermore, there is a need for on-going and more structured co-operation between the European political institutions and the European governing body for football, in particular, to combat illegal activities associated with sport.

In sum, we conclude that a holistic approach is the only effective means to tackle the problems of European football and to provide a solid foundation for its future healthy development.

Against this background, we recommend that UEFA should review, improve and enforce the club licensing system across Europe, in particular by:

- Ensuring that national associations implement the system;
- Publishing reports on compliance;
- Establishing an independent body to monitor overall compliance, including more extensive use of spot-checking;
- Establishing a European Code of Corporate Governance for clubs;
- Elaborating benchmarking procedures to help establish best practice for clubs;
- Introducing additional measures to achieve competitive balance in European football, including some form of salary cost control;
- Implementing a European "clearing house system" for transactions related to the transfer of players;
- Improving the system of regulations designed to ensure the independence of clubs ("multi-ownership");

As regards internal governance, we recommend that UEFA examine its own structures to ensure they are appropriate and representative given contemporary developments in football. In particular, we recommend that UEFA grant official recognition as advisory bodies to the European Club Forum, the European Professional Football Leagues (EPFL), the tripartite European Football Dialogue (involving FIFPro, the EPFL and UEFA). These structural adaptations (where necessary by appropriate statutory amendment) will help to ensure a well-ordered and continuous consultation of all stakeholders.

We also recommend that UEFA consider further structural improvements to reflect new developments, including for example, the creation of a "strategy board" comprising representatives of the Executive Committee of UEFA, the Leagues and the clubs. This should help to establish an efficient consultation process on matters related to professional club football, which is the area that gives rise to most of the contentious issues in practice.

Generally, we recommend that UEFA consider establishing additional "advisory bodies", to improve the quality of decision-making. In particular, it would be desirable to involve supporters' organisations as stakeholders when they are organised at European level and, in this connection, we recommend that UEFA examine the feasibility of establishing a European "Supporters Direct" body.

The Review recommends that, in the interests of administrative efficiency, it is desirable to re-align current organisational functions in football, so that UEFA assumes responsibility for EU related matters and can therefore effectively discharge its full statutory duties. In accordance with this, we recommend that UEFA should administer a European wide player transfer system responding to the conditions prevailing in Europe (both sporting and legal). Similarly, UEFA should review, improve and administer an effective system to regulate the activities of players' agents in Europe.

Given the existing (and increasing) financial imbalance in football, we recommend that UEFA review and up-date the financial solidarity system of the UEFA Champions League to protect the good health of the European football family and, in particular, to provide for the further education and development of young players. In this respect, it is desirable to reserve a higher proportion of the Champions League revenue for distribution to the grassroots.

Whilst the Review concludes that legal protection should be given to the player release rule, it also recommends that UEFA introduce a collective insurance coverage for players during the final round of the European Football Championships.

To address issues relating to gambling and the risk of match-fixing, the Review recommends that UEFA establish European-wide agreements with betting companies providing for "early warning" systems to detect irregular gaming activities. In addition, UEFA and national associations should examine and implement a "fit and proper person test" for all those involved in football, including owners of clubs, managers and referees. These rules must, in particular, address any area where there might be a risk of conflict of interests.

We recommend that UEFA and national football associations in Europe introduce and respect "minimum standards for good governance of national associations". The objective must be to achieve maximum transparency and accountability, and this should include publication of statutes and relevant decisions, respect for the principle of "separation of powers", free elections and so on. As a related matter, both UEFA and the national associations should continually review the professionalism and efficiency of their own administrative structures.

Given the regrettable incidence of certain forms of racism and xenophobia in football, we recommend that UEFA and the national associations review their current disciplinary systems and enact strict rules, with appropriate sanctions, in order to deter this problem.

In light of the on-going need to address governance issues and the increasing risk of financial impropriety associated with football, we recommend that UEFA and national associations establish dedicated internal "governance units", including specialised and independent "anti-fraud committees" within their structures.

Finally, we recommend that both UEFA and national associations ensure that they have appropriate arbitration clauses in their Statutes as an alternative to ordinary state court jurisdictions.

(c) To the EU institutions and the European Football Authorities

One of the most significant conclusions of the Review is that, in certain areas, it is only co-operation between the European football authorities and the EU institutions that will provide efficient solutions to the problems facing European football.

Accordingly, there are a number of matters that need to be tackled in a co-ordinated manner by the relevant authorities working together. We believe, for example, that it is desirable to establish a formal consultation process as a means to confirm which "sports rules" and practices fall outside the scope of Community law altogether.

We recommend that the parties work in cooperation with the immigration and national labour inspection services, in particular, to examine the issuance of short-term visas and related international transfer certificates to deter "trafficking" of young players.

We recommend cooperation to the maximum extent possible (including with the police) to detect and deter criminal activities around football and in particular to prevent match-fixing, fraud, money-laundering or any other form of corrupt or criminal activity.

We recommend that the parties cooperate in all matters relating to safety and security for the maximum protection of the public and further develop the partnership between EU Institutions, Member States and football authorities in the process.

As a general principle, we recommend that the EU Institutions grant official recognition to UEFA as the governing body for European football and as the counterpart of the EU when dealing with football related issues in Europe. As indicated above, in return UEFA must ensure respect for the principles of transparency and democracy and must assume its full responsibility for all relevant football related issues in Europe.

To achieve these objectives, we recommend the conclusion of a Formal Agreement between the EU and UEFA setting out the framework for bilateral relations between the parties and agreeing on a model of cooperation to safeguard the interests of sport within the context of Community law.

3. Conclusion

The findings of this Report demonstrate that there is a crucial need to have a formal structure for the relationship between the EU institutions and the European governing body for football.

In the last few months alone, several European countries (such as Belgium, Finland, Germany, Italy, Portugal etc.) have been shaken by match-fixing and corruption scandals, linked to betting and to players' agents.

In addition, the financial situation of many European clubs is perilous, with bankruptcy cases and deficits of hundreds of millions of Euros.

Furthermore, there has been a consistent series of legal challenges to fundamental sports rules and practices that only serves to undermine confidence in the system and creates a climate of instability.

Against this background, a comprehensive and proactive approach is needed by both the EU institutions and the football authorities in order to deliver greater legal certainty in football and also to protect the European sports model.

UEFA is the football authority with responsibility for the European area and therefore it falls to UEFA, in dialogue with the European Commission, to work on the legal framework needed to deliver security to football whilst respecting Community law. It is therefore indispensable that the EU enter into a formal agreement with UEFA which defines the nature of the legal relationship between the parties and clarifies that UEFA is the relevant interlocutor for the EU institutions on all matters relating to European football.

This agreement should foresee a duty of mutual consultation between UEFA and the EU regarding all relevant football related matters in Europe and provide an established procedure for cooperation between the parties. There should be no obstacle to other European sports governing bodies having a similar relationship

with the European Union, provided they also respect the principles of democracy and transparency.

We conclude by recalling that the European Sports Model has delivered success and earned respect around the world as a system based on social inclusion, financial solidarity and true sporting values. Nevertheless, we face significant challenges in Europe and only the direct involvement of political leaders, working together with the football authorities, can protect this model and secure a healthy future for football in Europe. If we fail to take our responsibilities there is a real risk that the true values of the sport will be eroded, and the public will become increasingly disaffected with the "beautiful game".

The UK Presidency has taken the initiative and recognised that the political will on both sides exists to find solutions to the challenges we face. We must step up to the task and recognise that responsibility to tackle these issues rests not solely with football authorities: political bodies have both the duty and the legal means to play their part in finding the necessary solutions.

It is time to act.

ANNEX**TABLE 1: PROPOSED EU INSTRUMENTS TO RECOGNIZE THE "SPECIFICITY OF SPORT"**

PROPOSAL	LEGAL BASES	PROCEDURE
To set up an European Sports Agency	Article 308 EC Council Regulation (EC) No 58/2003 of 19 December 2002	Commission's proposal European Parliament's opinion
To issue "Guidelines to the application of free movement rules to Sport"	Article 211 EC	Commission's adoption
To issue "Guidelines to the application of EC Competition Law to Sport"	Article 211 EC	Commission's adoption
To insert a new paragraph (v) in Article 1 (1) (a) of Regulation 994/98 EC, in order to exempt certain categories of state aids to sport	Article 8 of the Council Regulation (EC) No. 994/98 of 7 May 1998 Article 87 (3)	Commission's proposal Consultation of the Advisory Committee on State Aid Council's Decision (qualified majority)
To consider compatible with the common market certain state aids in the field of sport	Article 87 (3) (a) to (e) Article 88 (2)	Commission's decision <i>Or</i>

		Council's decision
To conclude a European Bargaining Contract for each sport discipline	Article 138 EC Article 139 (1) and (2) EC	Commission's proposal Council's decision (qualified majority or unanimity)
To assume that sport organisations (federations) fulfill a task of relevant general economic interest	Article 86 (2) and (3) EC	Commission's decisions and directives when necessary
To adopt several soft law instruments, such as (i) Recommendations; (ii) Voluntary agreements; (iii) White and Green papers; (iv) Action Plans or Programmes; (v) Informative communications; (vi) Simple exchange of letters; (vii) Recommendations; (viii) Codes of conduct; (ix) guidance notes; (x) Circulars; (xi) Declarations; (xii) Conclusions; (xiii) Reports; (xiv) Memoranda; (xv) Opinions	Article 211 EC	Commission adoption
To adopt Block exemption's regulations on certain categories of agreements and concerted practices in sport (e.g. Block exemption regulation on central marketing of television and media rights; Block exemption regulation regarding the players market)	Article 83 (2) (b) EC Regulation No 19/65/EEC of 2 March of the Council on application of Article 85 (3) of the Treaty to certain categories of agreements and concerted practices, as amended by Regulation 1/2003	Commission's proposal European Parliament's consultation Council's decision (unanimity)
To adopt a Directive on Minors in Sport	Article 94 EC Article 137 (1) (a) and (b) EC	Commission's Proposal Opinion of the European Parliament, the Economic

	Article 251 EC	and Social Committee and the Committee of Regions Council Decision
To adopt a Directive on Betting in Sport	Article 44 (1) EC Article 52 (1) EC Article 94 EC	Commission's proposal Opinions both of the European Parliament and of the Economic and Social Committee Council's Decision (qualified majority)
To adopt a Directive on Agents in Sport	Article 44 (1) EC Article 52 (1) EC Article 94 EC	Commission's proposal Opinions both of the European Parliament and of the Economic and Social Committee Council's decision (qualified majority)

TABLE 2: INSTRUMENTS TO ENFORCE THE REPORT'S PROPOSALS

	INSTRUMENT
EU GOVERNMENTS	<p>Adoption of the Report within the EU Council of Ministers or at the European Council.</p> <p><i>or</i></p> <p>Signature of a formal Declaration or a Memorandum of Understanding in which the Governments of the Member States recognize, accept and commit themselves to adopt and implement the proposed measures until a date to be fixed.</p> <p><i>or</i></p> <p>Joint Statement by the competent Commissioners and Presidents of EU sport's authorities; Bilateral exchange of letters between the involved parties; Joint Press release.</p>
SPORT'S AUTHORITIES	<p>Political and/or legislative measures, in accordance with the procedures provided for in the respective by laws and regulations (normally the competent entity for the approval is the deliberative organ, namely the Congress or General Assembly)</p>